

Deutschland.

Berlin, 21. April. Das „Memorial diplomatique“ will von einer Notiz wissen, die Graf Bis marck nach Württemberg in Folge der dort mehrfach zu Tage tretenden antipreußischen Kundgebungen gerichtet habe. Die Nachricht ist ohne allen Grund. Minister pflegen überhaupt keine Noten an die anderen Regierungen zu richten, sondern der Depeschenwechsel wird mit den Gesandtschaften geführt oder durch dieselben vermittelt. Und dann wird sich Jedermann selbst sagen, daß eine Regierung nicht deshalb, weil in den Wirtshäusern über sie geschimpft wird, an die betreffenden Landesbehörden eine Note richten wird. Die Staatsmänner haben dazu weder Zeit noch Neigung. Wenn das „Memorial diplomatique“ noch hinzusetzt, daß die Beziehungen zwischen Stuttgart und Berlin täglich gespannter würden, so kann ihm die Versicherung gegeben werden, daß man sich in Preußen sehr wenig um das schwäbische Wirtshausstreben bekümmert. — Gegenwärtigen Nachrichten gegenüber mag hier bemerkt werden, daß die Verhandlungen zwischen Preußen und Dänemark wegen der nord-schleswigschen Frage fortgesetzt werden. Auch die „Revue des deux mondes“ spricht übrigens gegen dieselben Ansichten wie die „Times“ aus und glebt Dänemark zu bedenken, daß sich Europa nicht einiger unbedeutender Distrikte wegen in Krieg stürzen werde, nachdem es dies selbst damals nicht gethan, als es sich um die ganzen Herzogthümer gehandelt habe. Es wird dann Dänemark von dem Blatte der Rath ertheilt, auf die preußischen Anerbietungen einzugehen, da es gar keine Ansprüche zu machen hätte und schließlich vielleicht gar nichts erhalten würde. — Das „Bulletin international“ weiß von einem glänzenden Succes des dänischen Kriegesministers in Paris zu erzählen, ohne uns indessen das Nähere darüber zu ver-rathen. Dieses Hiesiger Organ hat auch noch die andere Ent-deckung gemacht, daß die süddeutschen Staaten das Verbrechen be-gehen, das im norddeutschen Bunde zur Geltung gelangte Frei-zügigkeitsgesetz sich anzueignen. Sie thäten damit, meint das Blatt, einen Schritt zur preußischen Einheit. Ebenso sinnreich und na-menlich auch in sypstischer Hinsicht interessant ist die Wahrneh-mung des „Stuttgarter Beobachters“, daß in Koburg ein „stumpfes politisches Leben“ besteht. Die „Stumpfheit“ wird besonders darin gefunden, daß sich die Koburger ganz wohl befinden und in keiner Hinsicht über Druck klagen. — Der Artikel der letzten „Provin-zial-Korrespondenz“, die Wahlen zum Zollparlament hat in Süddeutschland einen sehr guten Eindruck gemacht. Bekanntlich war in dem Artikel die Meinung vertreten, daß die nationale Sache bei den Zollparlamentwahlen auch in Süddeutschland den Sieg davon getragen habe. Die „Ausg. Allg. Ztg.“ stellt den Artikel an die Spitze ihrer Zeitung mit der Bemerkung, daß sie sich dem Gesagten bereitwillig anschliese.

Berlin, 22. April. Sr. Maj. der König bestatigte wie schon mitgetheilt, gestern Vormittag, an der Seite der königlichen Prinzen, der Generalität, der Militär-Bevollmächtigten und der hier anwesenden fremdherrlichen Offiziere, auf dem Tempelhofer Felde die Füßler-Battalione des Kaiser-Alexander- und des Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiments und wurden deren Exercitien unter dem Kommando der Battalions-Chefs von Rauchhaupt und von Deltz ausgeführt. Mittags 12½ Uhr kehrte der König in Begleitung des Flügeladjutanten Oberstleutnants Graf Ledndorf zur Stadt zurück, nahm darauf die Vorträge der Hofmarschälle Grafen Pückler und Perponcher, des Polizei-Präsidenten v. Wurmb ent-gegen und begab sich nachmittags mit der Königin in das Gewerbe-Museum. Nach einer Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck ertheilte der König in dessen Anwesenheit dem türkischen Gesandten Aristarchi Bey, zur Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens als Vertreter der Türkei beim Präsidium des norddeutschen Bundes, Audienz.

Der ausgezeichnete Empfang, welchen die Bevölkerung der oberitalienischen Städte unserem Kronprinzen bei dessen Durch-reise nach Turin allenthalben hat zu Theil werden lassen, dürfte nicht nur dem Gaste ihres Königs bei dem bevorstehenden Fami-lienfeste, sondern gleichzeitig dem Vertreter eines Staates gegolten haben haben, mit welchem Italien sich noch jüngst in Waffenbrüder-schaft und seitdem fortdauernd in den freundschaftlichsten Beziehun-gen befunden hat. Jedenfalls, so schreibt die „N. A. Z.“, beweist die Aufnahme, daß jene Verdächtigungen der preußischen Politik Italien gegenüber welche man neuerlich auf publizistischen Wegen versucht hat, bei der Bevölkerung selbst, welche die Verhältnisse im naturgemäßen Lichte erblickt, keinen Boden gefunden haben. Gleichzeitig spricht der Umstand, daß das amtliche Blatt von Florenz sich bereit, jenen sympathischen Empfang des preußischen Kron-erben seitens der italienischen Bevölkerung zu konstatiren, dafür, wie sehr man in den maßgebenden politischen Kreisen des Landes geneigt ist, der natürlichen Sympathie beider Staaten zu einander fortdauernd Rechnung zu tragen.

Das Zollparlament wird, wie „Z. C.“ berichtet, von dem Könige in Person eröffnet werden.

(Berl. B.-Ztg.) Am Donnerstag wird voraussichtlich keine Plenarsitzung des Reichstages stattfinden, da zu diesem Tage bereits die Mitglieder der Kommission für das Gesetz, be-treffend die Quartierleistung für die Armee in Friedenszeiten, zur Versammlung eingeladen sind. In eingeweihten Kreisen glaubt man, daß dieses Gesetz auf erheblichen Widerspruch stoßen wird, da man mindestens dasselbe zu amendiren, wenn nicht gar abzu-lehnen gedenkt, weil dadurch den Kommunen Lasten aufgelegt wer-den, welche zu tragen sie bisher nicht verpflichtet waren. Die Linke und ein großer Theil der Nationalliberalen haben die Ab-sicht, den Gesetzentwurf pure zu verwerfen.

Von den Apothekergehülfen Berlins ist dem Reichs-tage eine Petition eingereicht worden, dahingehend: unte Aufrecht-

erhaltung der bestehenden Gesetze über Bildungsgang und Examina der Apotheker, sowie Verschärfung der Revisionen, die Privilegien aufzuheben und damit jedem approbirten Apotheker zu gestatten, sich überall da niederzulassen, wo derselbe sein Auskommen zu fin-den hofft.“

— Nachdem in Hannover die Provinzial-Verfassung schon seit dem 12. September v. J. in Wirksamkeit ist und die Ernennungen für die Kreise und Aemter auch bereits erfolgt sind, steht nun, wie die „B. B.-Ztg.“ hört, in nächster Zeit die Einführung der Kreisverfassung in dort Aussicht.

Berlin, 21. April. Man schreibt der „Zbl. Corr.“ aus Paris: „Bekanntlich haben sich schon mehrere Leute der in Frank-reich befindlichen hannoverschen Legion mit der Bitte, ihnen die Rückkehr in die Heimath möglich zu machen, an die preußische Botschaft gewandt. Das Beispiel wird um so rascher Nachahmung finden, als der Hof von Hiesing — wie es heißt — erklärt hat, daß die Subvention binnen Kurzem wegfallen werde. Angesehene Hannoveraner, die in Paris sind, versichern, daß der hannoversche Adel anfangs, sich mit der neuen Ordnung der Dinge zu ver-söhnen, mit anderen Worten, daß die Zahl der Pensionen des Königs an die Ritterschaft bald nur noch eine sehr geringe sein werde. Man hört dabei noch Klagen über die Undankbarkeit des Hofes von Hiesing.“

— Die gleichzeitig in das Zollparlament gewählten Abge-ordneten des bayerischen Landtages, dessen Sitzungen bis zum 8. Mai (nicht 16. wie früher gemeldet) verlängert werden, beab-sichtigen, einen Urlaub in Berlin nachzusuchen, um noch den letzten Arbeiten und Verhandlungen in München beizuwohnen zu können.

— Der Abg. Wiggers (Berlin), unterstützt durch 22 Mit-glieder der Fortschrittspartei, hat folgenden Antrag gestellt: Der Reichstag wolle beschließen: aus Veranlassung der in der 8. Sitzung des Reichstages vom 16. v. M. ertheilten Antwort des Bundes-Kommissarius auf die Interpellation des Abg. Wiggers (Berlin), Nr. 35, den Bundeskanzler aufzufordern, den in der 27. Sitzung des Reichstages am 23. Oktober 1867 mit großer Majorität ge-faßten Beschluß: daß in dieser Session des Reichstages ein Gesetz-Entwurf vorgelegt werde, durch welchen alle noch bestehenden, aus den Verschiedenheiten des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Be-schränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte aufge-hoben werden, in Ausführung zu bringen.

— Sr. Majestät der König hat dem 4. Garde-Regiment zu Spandau am Tage der Eröffnung von Düppel Allerhöchstein Bildniß, in der Regimentsuniform von Raegler gemalt, zum Ge-schenk gemacht.

— Das Comité für den Bau einer Eisenbahn von Halle nach Guben, an dessen Spitze bekanntlich der Herzog von West-phalen steht, hat bereits die vertragmäßige Kaution eingezahlt. Dem Ver-nahmen nach ist die Ertheilung der Konzeßion für diesen Bahnbau binnen Kurzem zu gewärtigen. Die Himmnisse, welche derselben bisher noch entgegenstanden, sind nunmehr beseitigt.

— Die „Schles. Ztg.“ schreibt über die preußisch-öster-reichische Eisenbahn-Verbindung: In jüngster Zeit ist die Frage in Erwägung gezogen, ob die ober-schlesische Eisenbahn-Gesellschaft, welche die Eisenbahn von Breslau über Olag nach Mit-telwalde zu bauen beabsichtigt, auch den Bau der österreichischen Strecke in Böhmen, von Mittelwalde bis Wildenschwert, überneh-men wird, welche Linie die österreichische Regierung laut dem Pra-ger Friedensschluß zu bauen verbunden ist. Ein genaues Studium des Terrains und der vorhandenen Pläne haben gezeigt, daß der Bau dieser ca. 5½ Meilen langen Strecke außerordentlich schwie-rig und kostspielig ist und die Meile nicht unter 1,200,000 Thlr. hergestellt werden kann. Es kommen nämlich in der österreichischen Tracirung zwei Stellen vor, an denen die Steigung 1: 70 be-trägt. Dergleichen Steigungen kommen bekanntlich in Betriebe sehr theuer zu stehen und will man daher bei der großen Fre-quenz, welche voraussichtlich diese Bahn haben wird, die gedachten Stellen auf eine Steigung von höchstens 1: 100 bringen, obwohl diese Verbesserung eine halbe Million Thaler mehr kostet. Hof-fentlich wird der Bau bald in Angriff genommen werden. Einen großen Kostenaufwand dürfte namentlich den Bau des umfangrei-chen Bahnhofes in Wildenschwert erfordern, da mindestens 10 Ge-leise notwendig sind. Der Bau wird auf 600,000 Thlr. ver-anschlagt. Unter diesen Umständen dürfte eine Privatgesellschaft die Strecke Mittelwalde-Wildenschwert nur dann übernehmen kön-nen, wenn die österreichische Regierung eine entsprechende Zins-garantie gewährt und diese unter internationalen Schutz ge-stellt wird.

— Nach dem „Chemn. Tagebl.“ werden im Zollparlament alle sächsischen Abgeordneten mit der süddeutschen Op-position gehen. Dies wird wohl nur ein frommer Wunsch der sächsischen Preußenfreier sein. Herr Dr. Hans Blum z. B. wird schwerlich bereit sein, diesem Wunsche nachzukommen.

— Die neue Ausgabe des preußischen Staats-Hand-buches ist nunmehr erschienen. Die letzte Auflage desselben datirt vom Jahre 1865. Dem Vernehmen nach hat die Verzögerung der Herausgabe eines neuen Staats-Handbuchs ihren Grund in dem Wunsch: durch dasselbe gleich ein vollständiges Bild der jetzigen Organisation des Staates zu geben. Namentlich sollten darin auch der Verwaltungs-Schematismus, so wie das Verwaltungs-Personal der neu erworbenen Landestheile Aufnahme finden. Dieser Wunsch hat indessen nicht in Erfüllung gehen können, weil die Organisation der neuen Provinzen noch nicht vollendet ist, und weil die Ernennungen zur Besetzung der Aemter in denselben zum Theil erst in jüngster Zeit erfolgt sind, zum Theil noch aus-stehen. Ein noch längerer Aufschub der Herausgabe eines Staats-Handbuchs erschien aber nicht rathsam. Wie versichert wird, ist

zu Anfang des nächsten Jahres eine neue Auflage zu erwarten, welche dann auch vollständig die betreffenden Angaben über die neuen Provinzen bringen soll. Die jetzt erschienene Ausgabe ent-hält in einem Anhang zugleich Nachweise über den Personal-bestand des Bundeskanzleramts, des Bundesrathes und des nord-deutschen Reichstages.

Dresden, 21. April. Die Finanz-Kommission der Abge-ordneten-Kammer hat den Antrag gestellt, auf Staatskosten folgen-de neue Eisenbahnlinien zu bauen: Leipzig-Chemnitz, Radeberg bis zur Landesgrenze, Großschönau-Warnsdorf, Warnsdorf-Löbau, Aue-Jägergrün. Um die Kosten für die Herstellung der Bahnen zu beschaffen, schlägt die Kommission eine Anleihe von 14 Mill. vor. — Außerdem sollen die Strecken Neugersdorf-Sohland, Chem-nitz-Aue, Plauen-Deßnitz, Freiberg-Rosfen, sowie die Elbe Thal-bahn auf Staatskosten übernommen werden. Eine größere Anzahl der Bahnlücken, darunter auch die Muldenhalbahn, sollen Pri-vatunternehmern in Entreprise gegeben werden, sobald dieselben nur die erforderlichen Baupmittel nachweisen.

München, 21. April. Nach ministerieller Bekanntmachung haben die bayerische und die österreichische Regierung durch Erklä-rung vom 31. v. M. nicht nur die ausdrückliche Anerkennung der fort-dauernden Geltung der vormaligen Bundes-Karteikonven-tion vom 21. Februar 1831 und der durch Bundesbeschluß vom 2. Juli 1863 herbeigeführten Aenderung derselben zwischen den beiderseitigen Staaten, sondern auch überdies ihren Verzicht auf eine fernere Vergütung der im Art. 9 der gedachten Bundeskartel-konvention stipulirten sogenannten Fangprämie ausgesprochen. — Der unterm 21. März zwischen Baiern und Sachsen-Meiningen wegen Erbauung einer Eisenbahn von Schweinfurt nach Mei-ningen abgeschlossene Staatsvertrag erhielt die Ratifikation des Königs.

— 19. April. Der Finanzausschuß der Kammer der Ab-geordneten hat in seiner gestrigen Abend-sitzung den Abstrich vom Militär-Etat definitiv auf 800,000 Fl. festgesetzt. — Die Einbe-rufungsschreiben für das am 27. v. M. zusammentretende Zoll-parlament wurden seitens des königlichen Staatsministeriums des Handels am 15. v. M. an die Kreisregierungen mit dem Auf-trage hinausgegeben, die bayerischen Abgeordneten einzuladen, zu genanntem Termine sich in Berlin einzufinden.

— Die neue Formation unserer Infanterie-Regimenter nach dem Muster jener der norddeutschen Bundesarmee, so wie neue Vorschriften für den Unterricht der Infanterie nach preußischem Muster haben die königliche Genehmigung erhalten. — Der Cho-rinsolfall zieht auch eine gerichtliche Verhandlung gegen Professor Buchner, Mitglied des gerichtlichen Medizinal-Comitês, nach sich. Derselbe hat nämlich aus den Untersuchungs-Akten über den Befund der von ihm vorgenommenen Sektion der vergifteten Gräfin zc. in einem Vortrage in der königlichen Akademie über Wirkungen der Vergiftung mit Blausäure Detailmittheilungen gemacht und es muß daher den bestehenden Bestimmungen gemäß gegen ihn we-gen Verletzung des Amtsgeheimnisses plaidirt werden.

Ausland.

Wien, 21. April. Das Subcomité des Budgetaus-schusses beschloß entgegen dem Antrag des Referenten, in die Detailberatung über den Regierungs-Entwurf, betreffend die Kon-vertirung der Staatsschulden einzugehen, und eine Amendirung des Gesetzes nach folgenden Gesichtspunkten zu versuchen. Die Reduk-tion der Zinsen kann nicht vermieden werden. Soll dieselbe im Wege einer Konvertirung der Staatsschulden durchgeführt werden, so muß diese Konvertirung zwangsweise geschehen. Die Zinsen-Reduktion muß im Gesetze ausdrücklich bezeichnet werden.

Peß, 21. April. In der gestrigen Sitzung des Unter-hauses wurden die Gesetze über die Handelskammern und Münzen angenommen. Der Handelsminister versprach die baldige Einbrin-gung der Handelsgesetze. — Die kroatische Landtags-Deputation ist hier angekommen.

Bern, 21. April. Der Canton Thurgau entschied sich bei der vorgestrigen Volksabstimmung mit sehr bedeutender Majori-tät für die Revision der Verfassung durch einen Verfas-sungsrath.

Paris, 19. April. Der „Constitutionnel“ erwähnt heute das Programm des bosnischen Revolutions-Ausschusses der bekanntlich gemeinschaftliche Sache mit den Kroaten, Bulgaren, Polen, Griechen, Slowenen und Russen machen möchte. Das offi-zielle Blatt bemerkt dazu, man könne nach der Berechtigung einer Bewegung fragen, die weder national noch religiös sein wolle und durchaus nichts verspreche, was die ottomannische Regierung nicht großentheils schon ausgeführt oder ernstlich und dauerhaft auszu-führen im Begriffe sei. Mit Genugthuung hat man die Nach-richt von der Rundreise vernommen, welche Fürst Karl in seinem Lande anstellte. Man begrüßt dieselbe als eine Garantie für die baldige Abschaffung der dortigen beunruhigenden Uebelstände. — Dem gesetzgebenden Körper, der morgen freilich nur zu einer kurzen Sitzung wieder zusammentritt, wird das Gesetz über die Vicinal-Strassen als ein eminent politisches und organisches Gesetz empfohlen werden, da dasselbe nicht nur den Zweck habe, den ma-teriellen Reichthum des Landes zu erhöhen, sondern auch durch die Erleichterung des allgemeinen Verkehrs ein mächtiges Werkzeug für das allgemeine Stimmrecht zu werden. — Man freut sich hier über die Propaganda, welche die Ideen der im v. J. hier ver-einigten internationalen Münz-Konferenz machen. Die in Madrid mit der Frage der Münzeinigung betrauten Ausschüsse haben sich für diese günstig ausgesprochen, und die Cortes werden ohne Zweifel bald die entsprechende Vorlage des Ministeriums empfangen. In England ist ein königlicher Prüfungs-Ausschuß unter dem Vorsteher von Lord Halifax zusammengetreten. Die amt-

